

**Antrag (Entschließung) der Fraktion DIE LINKE**

**Für den vollständigen Erwerb der BREBAU durch die öffentliche Hand!**

Als Folge des Verkaufs der städtischen Anteile an der Bremer Landesbank (BLB) ist auch die Beteiligung der BLB an der Wohnungsbaugesellschaft BREBAU an die Stadt übergegangen. Die Stadt Bremen besitzt damit 49 % der BREBAU-Anteile. Ebenfalls 49 % besitzt die Sparkasse Bremen, weitere 2 % werden von einem Rechtsanwalt im Auftrag mehrerer Bremer Industriebetriebe gehalten. Mit 6 000 Wohnungen und 1 000 gewerblichen Immobilien ist die BREBAU ein wichtiger Akteur auf dem Bremer Wohnungs- und Gewerbeflächenmarkt.

Ein vollständiger Erwerb der BREBAU durch die öffentliche Hand hätte mehrere gewichtige Vorteile für die Stadtentwicklung, die Wohnungspolitik und das Tempo des kommunalen Wohnungsbaus. Zum einen würde damit der kommunale Anteil am Mietwohnungsbestand wieder ein Stück weit erhöht, nachdem er durch die Privatisierungen der Neunzigerjahre verkleinert wurde und auch im Rahmen der Wohnraumförderungsprogramme seit 2012 nicht gestiegen ist. Zum anderen würde eine zu 100 % öffentlich gehaltene Wohnungsbaugesellschaft der Stadt die Möglichkeit der In-House-Vergabe eröffnen, wodurch sowohl der Wohnungsbau, als auch der Bau von Kitas und Schulen deutlich schneller erfolgen könnte.

Der Senat hat Anfang Mai diese Debatte angestoßen. Es steht zu hoffen, dass es nicht bei bloßen Ankündigungen bleibt. Für ein strategisch wichtiges Ziel wie den vollständigen kommunalen Erwerb der BREBAU sollte die Stadtbürgerschaft frühzeitig zum Ausdruck bringen, dass sie ein solches Ziel für wichtig und anstrebenswert hält.

Haushaltstechnisch wäre der Erwerb von Gesellschaftsanteilen ohne Einfluss auf die Einhaltung des Sanierungspfads und seiner Obergrenzen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft spricht sich für die Erhöhung des städtischen Anteils an der BREBAU auf 100 % zum baldmöglichen Zeitpunkt aus.
2. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, dem städtischem Haushalts- und Finanzausschuss bis zum November über den Stand der Verhandlungen zu berichten.

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und  
Fraktion DIE LINKE